

TTIP-Verhandlungen aussetzen

Der DGB darf auf gewerkschaftliche Kernforderungen nicht verzichten

Im Mai 2014 positionierte sich der DGB noch gegen das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP. Der DGB-Bundeskongress forderte, die TTIP-Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU auszusetzen. Die Aussetzung sollte genutzt werden, einen transparenten Verhandlungsauftrag der Europäischen Union neu zu bestimmen, um damit einen grundsätzlichen neuen Ansatz in der globalen Handelspolitik zu etablieren. Doch im September 2014 wurde diese Orientierung aufgegeben. Es erfolgte der Schulterschluss mit der SPD. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann einigte sich mit dem Wirtschaftsminister und SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel auf ein gemeinsames Papier. Darin werden gleich in der ersten These die Handelsgespräche zwischen der EU und den USA bejubelt:

Sie „eröffnen die Chance die bilateralen Handelsbeziehungen zu intensivieren und dabei fair und nachhaltiger zu gestalten. Das Abkommen könnte auch dazu beitragen, faire und nachhaltige Handelsregeln global voranzutreiben und Maßstäbe zu setzen.“

http://www.spd.de/linkableblob/123688/data/20140919_ttip_anforderungen_bmwi_dgb.pdf

Fair kann aus gewerkschaftlicher Sicht jedoch nur ein Abkommen sein, das die Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) als unverzichtbare Mindestanforderung enthält. Diese Kernnormen sind:

1. Die Koalitionsfreiheit
2. Das Recht auf kollektive Tarifverträge
3. Die Abschaffung von Zwangs- und Pflichtarbeit
4. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Mann und Frau
5. Verbot von Kinderarbeit
6. Verbot der Diskriminierung wegen Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, politischer Meinung, nationaler oder sozialer Herkunft

Von diesen Kernnormen haben die USA nur die Abschaffung der Zwangsarbeit und das Verbot der Kinderarbeit ratifiziert. Und es ist nicht zu erwarten, dass die USA ohne massiven Druck alle Kernnormen anerkennen.

Im eigenen und im Interesse der internationalen Gewerkschaftsbewegung müsste der DGB alle Kernnormen der ILO zur Vorbedingung der TTIP-Verhandlungen erklären. Denn sonst könnten Investoren zum Beispiel die Durchsetzung von kollektiven Tarifverträgen zum unzulässigen Investitionshindernis erklären und von dem Staat, der kampfbereite Gewerkschaften toleriert, Entschädigung verlangen.

Aber das gemeinsame Papier von DGB und SPD feiert das TTIP völlig einseitig als Chance, „faire und nachhaltige Handelsregeln global voranzutreiben.“ Zwar wird in Punkt sechs des gemeinsamen Papiers die „Einhaltung der ILO Kernarbeitsnormen“ empfohlen, aber das bleibt unverbindlich, nachdem TTIP grundsätzlich schon zur fairen Chance deklariert wurde.

Der DGB verzichtet mit diesem Papier auf essentielle gewerkschaftliche Kernforderungen. Er verharmlost die weit reichenden Gefahren, die vom TTIP für Arbeitnehmerrechte und demokratische Standards ausgehen.

Darum hält die Augsburger GEW die im Hoffmann-Gabriel-Papier formulierte politische Orientierung des DGB für falsch und tritt für eine Korrektur dieser Fehlorientierung ein.

Die TTIP Verhandlungen gehören ausgesetzt!

V.i.S.d.P: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Kreisverband Augsburg,

Schaezlerstr. 13 ½, 86150 Augsburg, www.gew-augsburg.de